Nummer 183 — 22. Jahrgang
6mal wöchentl. Bezugspreis: 4. Sept.-Woche 9 000 000 M. Anzeigen: Schlüsselzahl der Deutschen Zeitungen: 80 000. Grundpreise: Die einsp. Petitzeile 100 M., f. Familien- u. Vereinsanzeigen, Gesuche 50 M. Die Petit-Reklamezeile, 89 mm breit, 350 M. Offertengebühr für Selbstabholer 50 M. bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Preis für die Einzelnummer 1 500 000 Mark
Geschäftlicher Teil: Josef Faymann, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Mittwoch, den 26. Sept. 1923

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz. Für undeutlich und durch Fernsprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte und mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-Altstadt 16, Holbeinstraße 46
Fernruf 32722 / Postscheckkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H. Dresden-Altstadt 16, Holbeinstraße 46

Das Ende des passiven Widerstandes

Die Weiterzahlung der Ruhrkredite untragbar — Jede Bemühung zur Verständigung mit Frankreich unmöglich — Ein Aufruf an die Bevölkerung des besetzten Gebietes vorgesehen — Alle Maßnahmen im Falle eines Putsches getroffen

Das Ergebnis der Kabinettsbesprechungen

Berlin, 25. September. Gestern mittag 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiete statt. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterzahlung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innerpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten.

Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichen Forderungen: Rückkehr der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr, schon vor einem Abbruch des passiven Widerstandes sichern sollten, erfolglos geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage zu erwarten.

In den sich an die Darlegungen des Reichskanzlers anschließenden Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebiets mit Ausnahme der Deutschnationalen geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse, sonst bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand der eine wirkliche Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen.

Nachdem die politischen Parteivertreter ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichskanzler fest, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbau des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei der Durchführung der nunmehr notwendigen Maßnahmen mitzuwirken.

Am Nachmittag fand im Reichskanzlerhaus die Zusammenkunft eines großen Kreises von Vertretern der Wirtschaftsgruppen und Berufsstände der besetzten Gebiete mit den Mitgliedern des Reichs- und preußischen Kabinetts statt. Der Reichskanzler gab den Anwesenden von der einmütigen Auffassung der Reichsregierung über die Notwendigkeit der Stillegung des passiven Widerstandes Kenntnis. Hiergegen wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben. Die Vertreter aller anwesenden Gruppen sprachen sich zu der einzuschlagenden Art des Abbaues aus und äußerten ihre Wünsche hierzu im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen, nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und ein Sondervorgehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse. Zum Schlusse betonte der Kanzler, daß die Reichsregierung auch weiter an ihren Zielen: Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Eingekerkerten und Wiederherstellung der Hoheitsrechte am Rhein und Ruhr, unter allen Umständen festhalten werde. Die Versammlung endete mit einem starken Bekenntnis zur inneren und äußeren Einheit des Reiches.

Die Regierung gegen Putschversuche

Berlin, 25. September. Die Berliner Presse gibt das amtliche Communiqué über die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern von Rhein und Ruhr naturgemäß in fettem Druck an bevorzugter Stelle wieder. Man nimmt jedoch in weiser Mäßigung mit wenigen Ausnahmen noch nicht Stellung dazu. Dem „Börsenkurier" zufolge hat die Reichsregierung alle Maßnahmen im Falle eines Putsches getroffen und sie wird auch vor der Verhängung des Belagerungszustandes und anderen tiefen Sicherheitsmaßnahmen nicht zurückschrecken.

Ueber die Methode der Aufhebung des passiven Widerstandes und die Mitteilung dieser Maßnahmen an Frankreich hat man sich gestern einem Sonderblatt zufolge, nicht sofort schlüssig werden können. Man erwäge zunächst die Entsendung besonderer Bevollmächtigter nach Paris und Brüssel. Von dieser Absicht sei man aber wieder abgekommen. Zunächst wird vermutlich in einen von der Reichsregierung und sämtlichen Gewerkschaften, Parteien und Verbänden unterzeichneten Aufruf an die Bevölkerung von den in Berlin gefaßten Beschlüssen in Kenntnis gesetzt werden. Dieser Aufruf dürfte auch den Besatzungsbehörden zu übermitteln sein und dürfte auch den diplomatischen Vertretern im Auslande für die interessierten Mächte zugestellt werden.

Der Auswärtige Ausschuß tagt am Mittwoch

Berlin, 25. September. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird am Mittwoch, 4 Uhr, zusammentreten.

Neueinstellung Englands zur Reparationsfrage?

Paris, 25. September. Baldwin wird anläßlich der Einweihung einer Schule in Scotts in der Nähe von Northampton am Donnerstag das Wort zu einer Rede ergreifen. Man nimmt an, daß der Ministerpräsident über die Neueinstellung Großbritanniens zur Reparationsfrage sprechen wird.

London, 25. September. Ministerpräsident Baldwin wird heute von seinem Landsitze nach London zurückkehren. In den nächsten Tagen wird er mit Lord Curzon über die europäische Politik beraten, um sich dann für die am Mittwoch stattfindende Kabinettssitzung vorzubereiten, in welcher er über seine Unterredung mit Poincaré einen ausführlichen Bericht erstatten wird. Es wird im übrigen behauptet, daß Lord Curzon außerordentlich aufgebracht ist, da der Ministerpräsident sich in Angelegenheiten eingemischt hat, die in die Amtsbefugnisse des Außenministers fallen, und daß Curzon in dieser Auffassung bei einem großen Teil des Kabinetts Unterstützung findet.

Das Treiben der rheinischen Sonderbündler

Köln, 25. September. Wie die „Köln. Ztg." aus Tier meldet, hatten die Sonderbündler gestern nach dort eine Generalversammlung einberufen. Die Versammlung sollte auf einem Platz stattfinden, der durch französische Truppen abgesperrt war. In den dort befindlichen Anlagen hatte sich eine Kompanie Tirailleurs versammelt, die mehrere Maschinengewehre bei sich führte. Die Sonderbündler ließen sich jedoch nicht auf dem Platze sehen, sondern tagten in einem Saal hinter verschlossenen Türen. Es mögen etwa 800 Personen anwesend gewesen sein. Von deutscher Seite war ein Aufruf erlassen worden, sich in Massen auf der Straße zu zeigen. Bereits um ½2 Uhr war das Zentrum der Stadt dicht von der Bürgerschaft Triers besetzt. Gegen ¼4 Uhr erschienen etwa 50 deutsche Polizisten, um für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Die Sonderbündler bildeten gegen ¾6 Uhr einen Zug unter Vorantragung einer Fahne, deren Träger in der linken Hand einen Revolver hielt. Ihm folgten eine Kapelle von Luxemburgern und die Anhänger von Smeets etwa 800 Personen. Der Zug wurde von der Bürgerschaft mit Zischen empfangen. Bald kam es zu Handgreiflichkeiten. Die Trierer Bürger stürmten in den Zug hinein und schlugen mit Stöcken und Schirmen drein. Auf Umwegen gelangte dann der Zug zur Bahnhofstraße. Das Publikum stürmte wiederum auf ihn ein und es kam zu einem großen Durcheinander, wobei von den Sonderbündlern etwa 25 bis 30 Schüsse gegen die Menge abgefeuert wurden. Drei Trierer wurden verletzt, darunter einer schwer. Mehrere andere Personen wurden mit Stöcken und Gummiknüppeln blutig geschlagen. Der Zug kam schließlich in völliger Unordnung zum Bahnhof, wo sich die Teilnehmer sofort in Sicherheit brachten. Die Menge hatte sich bald nach diesem Vorfalle verlaufen.

Die Reichsregierung gegen die rheinische Republik

Berlin, 25. September. Die Gerüchte, die vor allem im besetzten Gebiete umlaufen und sogar in die Presse Eingang gefunden haben und welche behaupten, daß die Reichsregierung die Errichtung einer rheinischen Republik billigen würde, sind gänzlich unzutreffend. Es liegt klar auf der Hand, daß die Verbreiter dieser Gerüchte lediglich damit den Zweck verfolgen, ihren reichsfeindlichen Kreisen damit zu dienen.

Neue Verkehrssperre ab 1. Oktober

Ludwigshafen, 25. September. Wie die Franzosen durch Anschlag bekanntgeben, tritt am Mittwoch, 1. Oktober, eine neue Verkehrssperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet in Kraft. Ueber den Grund der Ausdehnung dieser Sperre ist noch nichts näheres bekannt.

Münster, 25. September. In der Nähe von Wehmwinkel ist am Sonntag ein gewisser Adolf Brenner von einem französischen Posten aus bisher unbekannten Gründen erschossen worden.

Dortmund, 25. September. Den Bemühungen des Delegierten des holländischen Roten Kreuzes ist es gelungen die Freilassung von 178 Arbeitern der Zeche Viktor, die von den Franzosen wegen Arbeitsverweigerung verhaftet und ins Gefängnis verschleppt worden waren, zu erlangen. Alle 178 Personen wurden aber sofort ausgewiesen.

Wiesbaden, 25. September. (Drahtbericht.) Mit den Ausweisungen, besonders der im Vordergrunde des öffentlichen Lebens stehenden Persönlichkeiten, fahren die Franzosen fort. Wie der französische Kommandant äußert, werden die Ausweisungen bis zur letzten Stunde durchgeführt werden.

Nicht Boden- sondern Neumark

Berlin, 25. September. Die fortgesetzten Beratungen über die Währungsreform haben einige Aenderungen im bisherigen Entwurf gebracht. So wird die Bezeichnung des neuen Geldes nicht Boden- sondern Neumark heißen. Das Kapital der Währungsbank wird 3,2 Milliarden, statt, wie bisher vorgesehen, 2,4 Milliarden betragen. 2,4 bilden das Grundkapital und 800 Millionen neue Mark die Reserve. Davon wieder werden der Reichsregierung 300 Millionen zur Verfügung gestellt zum Zwecke der Abdeckung der Verpflichtungen des Reichs gegenüber der Reichsbank in der bekannten Form. Das von der Währungsbank der Reichsbank zugedachte Darlehn darf den Betrag von 1,6 Milliarden nicht übersteigen, so daß mit Rücksicht auf das ebengenannte Darlehn sich das gesamte Darlehn auf 1,3 Milliarden Neumark stellt. Wesentlich ist auch, daß die Währungsbank nicht nur mit dem Reiche, sondern auch mit der Reichsbank bankmäßigen Verkehr unterhalten wird. Eine weitere Aenderung besteht darin, daß das Kapital der Grundschulden nicht mit 6,5, sondern mit 6 v. H. zu verzinsen ist.

Verschiebung der Räumung Korfus?

Paris, 25. September. Die Räumung Korfus, die für den Donnerstag dieser Woche festgesetzt worden war, wird wahrscheinlich wie Informationen aus Rom besagen, verschoben werden, da Mussolini nicht geneigt ist, den Bericht der internationalen Untersuchungskommission in Janina als zutreffend anzuerkennen, sondern im Gegenteil sich die Ausführungen der in der Minderheit befindlichen Mitglieder der italienischen Kommission zu eigen machen wird. Der Bericht dieser Kommission wird heute in Paris eintreffen, wo er decheffriert und dann der Botschafterkonferenz vorgelegt werden wird.

Der verlorene Kampf

* Poincaré hat erreicht, was er wollte. Der Beschluß des Reichskabinetts, der das Ende des passiven Widerstandes verkündet, bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die Kapitulation Deutschlands vor den französischen Eindringlingen. Das Endziel des Widerstandes im Rhein- und Ruhrgebiet ist nicht erreicht worden, und nicht einmal die letzten Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit, die noch vor wenigen Tagen von der Reichsregierung aufgestellt wurden, sind erfüllt worden. Das Programm Stresemanns lief bekanntlich darauf hinaus, den passiven Widerstand unter der Voraussetzung zu beenden, daß die Vertriebenen zurückkehren und die Gefangenen freigelassen würden. Inzwischen aber zeigte es sich, daß Poincaré alle Bemühungen Deutschlands mit rauher Hand zurückwies, daß er kategorisch alles, was auf eine Verständigung hinauslief, ablehnte. Dank der Untätigkeit Englands konnte der französische Ministerpräsident in seiner Halsstarrigkeit noch bestärkt werden. So sah sich Stresemann veranlaßt, alle maßgebenden Stellen, vor allem die Vertreter der besetzten Gebiete, nach Berlin zu berufen und einen endgültigen Beschluß zu fassen. Und nach diesen Beratungen hat der deutsche Kanzler dann auch seine letzten Vorbedingungen über den Abbau des Widerstandes preisgegeben.

Wir dürfen nicht die Meinung verbreiten, daß dieser seit langer Zeit schwerwiegendste Entschluß in der deutschen Politik ohne die zwingendsten und überzeugendsten Gründe gefaßt wurde. Von vornherein war der passive Widerstand nicht als reiner Selbstzweck gedacht. Er konnte nicht in blinder Einfalt fortgeführt werden in dem Bewußtsein, nie mit dem Gegner zu sprechen. Wenn im Anfange des Ruhrkrieges eine Stimmung einsetzte, die dafür eintrat, daß jede Verhandlung mit Frankreich ausgeschlossen bliebe, daß jede Annäherung an Poincaré ein Ding der Unmöglichkeit sei, solange nicht restlos jedes französische Abzeichen aus dem Einbruchsgebiet entfernt würde, so ging diese Stimmung von dem Gedanken aus, daß wir durch den passiven Widerstand gewaltig genug wären, den französischen Militarismus zu brechen. Die so dachten, rechneten gleichwie im großen Kriege nur mit einer kurzen Dauer des Ruhrkampfes. Andererseits hatten sie den Militarismus Frankreichs noch nicht verstehen gelernt, sie kannten ihn noch nicht, ihn, der in den letzten Jahren so übermächtig und so gewaltig geworden war, daß er die erste Macht der gegenwärtigen europäischen Welt darstellt. Wäre von andererseits in der richtigen Erkenntnis dieser Tatsachen, in der Kenntnis, daß der passive Widerstand doch den französischen Militarismus nicht werde brechen können, es vorzuziehen gewesen, den Widerstand gar nicht zu beginnen? Durchaus nicht. Im Gegenteil. Indem wir uns weigerten, unter französischen Waffen zu arbeiten und Frondienste zu tun, vermieden wir es, den unerhörten Rechtsbruch Frankreichs zu sanktionieren, und wir zeigten der Welt, in welcher großen Maße gerade von der Macht des Militarismus und Imperialismus großgezüchtet wird, die am meisten uns den Vorwurf dieser Dinge gemacht hat. Wir haben bewiesen, daß Poincaré nicht mit Gerechtigkeit und mit dem Willen zum Frieden die Welt beherrscht, sondern daß er mit den Mitteln der Gewalt die Führung in Europa an sich zu reißen trachtet. Dieser Beweis haben wir der Welt voll und ganz erbracht. Freilich bedeutet das in der heutigen Situation einen schwachen Trost, aber die Geschichte wird einmal anders über Frankreich und über das niedergetretene und machtlose Deutschland zu richten haben. Frankreich hat den Vertrag gebrochen. Das deutsche Volk (in seiner großen Mehrheit) aber hat unter größten Opfern die Erfüllung seiner Lasten angestrebt.

Wir haben in den letzten Wochen den furchtbar schnellen und unaufhaltsamen Zerfall der deutschen Währung erlebt, mit einem Wort den rasenden Fall in die Tiefe. Deutschlands Finanzen sind vollständig erschöpft. Die Finanzierung des Notunternehmens hat unglaubliche Summen verschlungen. So stand das Reich plötzlich vor der Tatsache, daß eine weitere Finanzierung dieses Kampfes unmöglich war. Stresemann, der seit Wochen versucht hat, irgendwie der Situation Herr zu werden, ist nach den letzten geschilderten Verhältnissen auf der einen Seite die ruhelose Unbeugsamkeit Poincarés und auf der anderen Seite die Unmöglichkeit der Fortsetzung des Ruhrwiderstandes. Er sah es klar und deutlich. Beide Tatsachen waren für ihn nackte reine Wirklichkeit, woran keine patriotischen Reden, keine Phrasen und Lügen irgend etwas zu ändern vermochten. Zwei Unmöglichkeiten traten sich auf. Und so verstehen wir, daß Stresemann den Schritt getan hat, den wir nun in seinen Folgen zukosten haben. Freilich müssen wir die Verantwortung dafür in vollem Umfang dem Kanzler überlassen. Das deutsche Volk kann letzten Endes den Abbruch des Kampfes nur verstehen, wenn die Regierung voll und im Gewissen überzeugt war, daß die Mittel zur Fortführung des Widerstandes einfach nicht mehr vorhanden waren, daß sie schlechterdings unter keinen Umständen mehr aufzubringen waren.

Das Reichskabinett vertritt diesen Standpunkt rückhaltlos. Eine Fortsetzung des Feldzuges in das Rhein- und Ruhrgebiet hätte also aus dem passiven Widerstand eine Waffe gegen das Reich selbst gemacht. Wenn aber das Reich die Ruhrkredite einstellt, so konnte es folgerichtig auch die Verordnungen über den Widerstand zurückziehen. Unterblieben die Verordnungen nämlich weiter, so würden sofort äußerst verworrene und chaotische Zustände eingetreten sein, und der noch etwa für den Augenblick fortdauernde Widerstand würde naturgemäß sehr bald in regelloser Form in sich zusammengebrochen sein.

Wir stehen somit vor der Tatsache, daß wir den passiven Widerstand einfachhin nicht weiter führen konnten. Das bedeutet für uns zweifellos eine nationale Erniedrigung. Wenn aber aus dieser Erniedrigung gewisse Kreise das Recht herleiten werden, um mit großem Schwall in die Oeffentlichkeit zu treten und den Schein für sich zu erwecken, als ob wir mit Waffengewalt und mit Phrasen das Land hätten besser retten können, so müssen wir uns entschieden gegen solche Irreführung der öffentlichen Meinung wenden. Es nützt nichts, daß wir mit Waffen rasseln, die wir nicht besitzen. Wir können zwar im Gedenken an diese Erniedrigung in unseren tiefsten heiligsten Gefühlen verletzt sein — und das ganze Deutsche Volk wird es sein — aber an den Tatsachen ist nichts mehr zu ändern. Wir können